

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg in Verbindung mit § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I. S. 2253), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 1977 (BGBl. I. S. 1763), geändert durch die Änderungsordnung vom 19.12.1986 (BGBl. I. S. 2665), des § 1 der 2. Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 27. Juli 1961 (Ges.Bl. S. 208) in Verbindung mit § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 28. November 1983 (Ges.Bl. S. 770, ber. GBl 1984, S. 519, geändert durch Gesetz v. 01. April 1985, Gbl. S. 51), beschließt der Gemeinderat den

Bebauungsplan

"Gewerbegebiet Bruchhausen-Bahnhof"

als

Satzung

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Der Bebauungsplan umfaßt Teile des Gewänns "Untere Katzentach" einschließlich der Einbeziehung des derzeitigen Gewerbegebietes beiderseits der Neuen Bruchstraße und ist wie folgt abgegrenzt:

Im Süden: durch die südliche Flurstücksgrenze der Badstraße Flurstück Nr. 87/5

- Im Westen: durch die östliche Grenze von Flurstück Lgb.Nr. 1563
- Im Norden: durch die nördlichen Grenzen der Weggrundstücke Lgb.Nr. 1563/23 und 1563/24 und das Straßengrundstücks "Neue Bruchstraße" Lgb.Nr. 1563/15, sowie die im Bebauungsplanentwurf ersichtliche zukünftige Nordgrenze, die durch das Grundstück Lgb.Nr. 1117 verläuft.
- Im Osten: durch die nordwestliche Grenze des Bundesbahngrundstücks Lgb.Nr. 552.
- (2) Die genauen Abgrenzungen des Plangebietes ergeben sich aus dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplans.

§ 2

Bestandteile

- (1) Der Bebauungsplan besteht aus folgenden Teilen:
1. Zeichnerischer Teil mit Festsetzungen nach § 9 BauGB
 2. Bebauungsvorschriften aufgrund § 73 LBO
- (2) Dem Bebauungsplan sind beigelegt:
1. Begründung zum Bebauungsplan mit Kostenschätzung nach § 9 Abs. 8 BauGB

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 74 LBO handelt, wer den aufgrund § 73 LBO ergangenen Festsetzungen dieser Satzung zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung der Durchführung des Anzeigeverfahrens in Kraft.

Ettlingen, 02.11.1989
Bürgermeisteramt der Stadt Ettlingen


Offele
Oberbürgermeister

AZ 22-2511.3-6/40

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

NICHT BEANSTANDET

(§ 1: ABS. 3 SATZ 2 BauGB)

KARLSRUHE DEN 16.07.90




Lüsing